

Ich appelliere an Sie als Demokraten, das Thema Patriotismus und den Erhalt unserer Kultur und unserer Werte noch viel stärker als bisher auf die Agenda zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ständig ist zu hören, wie darüber debattiert wird, wie sich unser Land nun verändern wird. Ich

– so Charlotte Knobloch –

bin der festen Überzeugung: Unser Land darf sich nicht verändern.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Diesem Wort von Charlotte Knobloch muss man nichts hinzufügen. – Ich danke.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Gäste zu begrüßen. Auf der Ehrentribüne haben Herr Jeffrey Hovenier, Gesandter Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, und Herr Konsul Scott Woodard, Leiter der politischen und wirtschaftlichen Abteilung am Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in München, Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in diesem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 132 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 44 Minuten, SPD 33 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 27,5 Minuten. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich möchte etwas von dem zurückgeben, was mein Leben mir geschenkt hat." Das sagt der 71-jährige Flüchtlingshelfer Helmut Schweiger aus München-Trudering. Helmut Schweiger hat sich zu seinem Geburtstag von seinen Freunden keine Geschenke gewünscht. Nach einem erfolgreichen und erfüllten Berufsleben hat er alles Wichtige, was er braucht, sagt er. Stattdessen hat er im Freundeskreis Geld ge-

sammelt und selbst noch etwas für die Flüchtlinge obendrauf gelegt. Seit vielen Monaten engagieren sich Waltraud und Helmut Schweiger in der Flüchtlingsunterkunft in der Münchner Fauststraße. Dort leben etwa 100 junge Männer, vorwiegend aus Eritrea. Sie sind aus dem afrikanischen Gulag vor einer der brutalsten Diktaturen geflüchtet, die es je auf dem schwarzen Kontinent gegeben hat. Waltraud und Helmut Schweiger engagieren jeden Sonntag Wochendausflüge mit den Flüchtlingen, mit dem Radl geht es auf den bayerischen Bauernhof oder ins Deutsche Museum.

Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt sich mit Menschen wie Waltraud und Helmut Schweiger in diesen Monaten von seiner allerstärksten Seite.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Freistaat lassen sich nicht von Kleinmut, Verzagtheit, Zögerlichkeit und Kulturpessimismus regieren und beherrschen. Landauf, landab helfen pensionierte Lehrer jugendlichen Flüchtlingen bei den Hausaufgaben oder geben Deutschunterricht. Ehrenamtliche unterstützen Asylsuchende dabei, sich im Behörden- und Formularschwungel zurechtzufinden. Sie begleiten kranke Flüchtlingskinder bei Arztbesuchen. Jurastudenten bieten eine kostenlose Rechtsberatung an.

Unsere Landeshauptstadt München hat in diesen Wochen ihrem Ehrentitel "Weltstadt mit Herz" neues Gewicht gegeben, München steht damit exemplarisch für ganz Bayern. Die Münchnerinnen und Münchner reichen den Zufluchtsuchenden bei der Ankunft im Hauptbahnhof die Hand. Sie sind hilfsbereit und solidarisch. Sie verstehen den Hinweis der Bundeskanzlerin "Wir schaffen das" als ermutigende Aufforderung und lassen sich auch von missmutigen Bekundungen nicht abbringen. Der britische "Independent" schreibt mit Blick auf die Bilder aus München von einem moralischen Vorbild.

Wenn die CSU die bayerischen Bilder der Hilfsbereitschaft und des Willkommens als kontraproduktiv bezeichnet, wenn Herr Seehofer auch am Wochenende – wie auch heute in der Regierungserklärung – von der Kanzlerin wieder ein gegenteiliges Signal, also ein Signal des Nicht-Willkommens, der Abschottung und der Abschreckung, einfordert, hat die Bundeskanzlerin zu Recht irritiert reagiert, dass ausgerechnet ihre Schwesterpartei, eine sich christlich nennende Partei, öffentliche Zeichen der Hilfsbereitschaft und christlicher Nächstenliebe missbilligt.

(Beifall bei der SPD)

Die Kanzlerin hat bereits das Notwendige an ihre Schwesterpartei adressiert. Ich füge hinzu: Wir sollten die Macher der Mitmenschlichkeit in unserer bayerischen Gesellschaft bestärken und nicht von oben herab verunsichern. Wir sind stolz auf die hilfsbereiten Menschen in Bayern. Wir sind stolz auf dieses Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir erleben im Moment eine historische Phase, in der sich die Globalisierung in unserem Land für viele Menschen fühlbar von ihrer hässlichsten Seite präsentiert. Für viele Bayern ist das eine neue Erfahrung. Als Globalisierungsgewinner hatten wir in Bayern in den letzten Jahren enorme Wohlstandszuwächse. Als Exportland haben wir wie kaum eine andere Region in Europa von der globalisierten Welt der kurzen Wege und der kurzen Verbindungen profitiert.

Nun erlebt die bayerische Bürgerschaft internationale Politik von einer anderen Seite. Aleppo und Kundus waren Rosenheim und Schwabach noch nie zuvor so nahe wie in diesen Tagen. An einer solchen historischen Wegmarke ist es mitunter nützlich, einen kurzen Moment innezuhalten. Ich möchte an eine der ganz großen Regierungserklärungen hier im bayerischen Parlament vom 16. Dezember 1946 erinnern. In den Trümmerjahren 1945 und 1946 war Bayerns Bevölkerung mit 1,9 Millionen Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten – 1,9 Millionen Flüchtlinge in zwei Jahren! – um 28 % angewachsen. Der erste Ministerpräsident des Freistaats, der Vater der bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, hat die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land damals zum starken Zusammenhalt und zur Solidarität mit den Schwächsten der Schwachen aufgerufen. Er war vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften. So haben es Ministerpräsidenten damals gehandhabt, und so handhaben es auch 2015 die Ministerpräsidenten in allen anderen Bundesländern.

Hoegner sagte: Das Flüchtlingsproblem in Bayern bildet eine unserer größten Sorgen; wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen; sie alle müssen vor der schlimmsten Not geschützt und in unsere Wirtschaft eingegliedert werden.

Wilhelm Hoegners Einsatz für die Flüchtlinge war in der Bevölkerung damals alles andere als populär. Die Neankömmlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten waren ausgesprochen unbeliebt. Aber Hoegner wusste, was ein Landesvater in einer solchen Zeit zu tun hat. Er hätte niemals versucht, Schwache gegen Schwache auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns richtig verstehen: Wir setzen Flüchtlinge und Vertriebene 1945/1946 und heute nicht gleich. Die Unterschiede – die Fluchtursachen, die politischen Umstände und die kulturelle Andersartigkeit, um nur einige zu nennen – liegen auf der Hand. Damals kamen Deutsche zu Deutschen. Aber – und das ist die grundlegende Gemeinsamkeit – damals wie heute kommen Menschen zu Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Flüchtlinge aus Böhmen, Schlesien, Pommern und Syrien teilen eine gemeinsame existenzielle Grunderfahrung, die Erfahrung von Krieg, von Not und Tod, von Leid und Elend und von Unrecht. Millionen Familienbiografien in Bayern sind von ihrem Flüchtlingschicksal geprägt. Wir kennen das sehr gut, sagte der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Jugend Peter Paul Polierer im Gespräch mit der Landtags-SPD. Er sagte: Ein Flüchtling ist ein Flüchtling und ein Vertriebener ein Vertriebener, egal, ob vor 70 Jahren oder heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sorgen und Ängste der Einheimischen damals waren nach 1945 gewiss nicht geringer als heute. Aber die damalige Bayerische Staatsregierung hat ihre Ressentiments nicht noch verstärkt. Ich denke, das Hohe Haus und die Bayerische Staatsregierung sind in diesen Monaten gut beraten, eine Anleihe an Tatkraft und an Zuversicht, aber auch an Realismus bei Wilhelm Hoegner und der Aufbaugeneration unseres Landes zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nach den schlechten Kritikern und den sinkenden Umfragewerten für die Union hat die Öffentlichkeit heute die Regierungserklärung von Herrn Seehofer mit großer Spannung erwartet. Über der CSU war in den letzten Wochen viel Kritik niedergegangen. Die "BILD"-Zeitung attestiert Herrn Seehofer, er agiere wie ein Kleinkind, das bei Regen mit den Füßen aufstampft und schreit: Ich will nicht, dass es regnet. Die "Süddeutsche" schreibt vom flüchtlingspolitischen CSU-Klamauk. "Spiegel Online" beschreibt die Politik des CSU-Vorsitzenden als geschichtsvergessen, ohne Sinn und Verstand.

Herr Ministerpräsident, wir hatten Ihre Rede mit großer Spannung erwartet. Wir hatten erwarten dürfen, dass Sie heute sagen, wo es langgeht und was zu tun ist,

(Jürgen W. Heike (CSU): Hat er doch!)

statt sich in Larmoyanz zu baden, Bayern sei überfordert, und der Bund solle es jetzt richten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat heute Tatkraft simuliert, das heißt vorgetäuscht. Er hat Scheinlösungen präsentiert. Er ist in vielen Bereichen bewusst im Vagen geblieben und hat konkrete, handhabbare Lösungsvorschläge nicht vorgelegt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Diese Regierungserklärung war eine Demonstration der Hilflosigkeit und der Machtlosigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen fest, dass der bayerische Ministerpräsident außerparlamentarisch durchaus anders agiert als hier im Hohen Hause. Wir müssen den Eindruck gewinnen, als würde er vor seinen Reden hier im Parlament hin und wieder Kreide fressen. In den Bierzelten und Wirtshäusern hören sich seine Reden mitunter ganz anders an.

(Unruhe bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämt! – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt erst eine Woche zurück, als der Ministerpräsident von "Notwehr", "Nothilfe" und "Notmaßnahmen" sprach, die in Bayern nötig seien. Auch die Bayerische Verfassung kennt solche Maßnahmen. Geregelt sind sie in Artikel 48, der das Notstandsrecht zum Gegenstand hat. Wenn Notmaßnahmen nötig sind, muss die Staatsregierung unverzüglich den Landtag einberufen und ihn von allen getroffenen Maßnahmen unverzüglich verständigen.

Herr Seehofer hat nicht den Landtag, sondern die bayerische und die übrige deutsche Presse einberufen. Er hat angekündigt, Bayern werde gegen die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Verfassungsklage in Karlsruhe einreichen.

Herr Ministerpräsident, wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie heute darlegen, auf welcher Grundlage Sie die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin verklagen möchten. Was sind Ihre Überlegungen und Planungen? Im Grundsätzlichen müssten Sie erklären: Sind Sie eigentlich noch Teil der deutschen Bundesregierung? Nehmen Sie Ihre Bundesverantwortung noch wahr?

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Es drängt sich mit Wucht der Eindruck auf, es gehe dem bayerischen Ministerpräsidenten um öffentlichen Alarmismus, um Stimmungsmache gegen die Bundeskanzlerin, um parteipolitische Polemik und um Kraftmeierei. Ich finde, es darf in diesen Zeiten für die Parteien nicht um billige Geländegewinne in der Tagespolitik gehen, selbst dann nicht, wenn einem die AfD im Nacken sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor grundlegenden Fragestellungen: Werden wir die globale Flüchtlingsbewegung des 21. Jahrhunderts mit dem Nationalstaatsmodell des 20. Jahrhunderts oder der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts in Europa bewältigen können? Kehren wir 25 Jahre nach der deutschen Einheit und der überwunden geglaubten Teilung Europas in das Zeitalter des Schlagbaums – mit neuen Mauern, neuen Zäunen, neuem Stacheldraht – zurück? Der CSU-Generalsekretär sprach von einer "neuzeitlichen Völkerwanderung". Wird unsere Antwort darauf tatsächlich ein neuer Limes sein, von dem wir glaubten, er gehöre in das Geschichtsbuch oder in das Museum?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir denn nicht in unserer eigenen bayerischen Geschichte schmerzlich erfahren müssen, dass Grenzen immer auch mit Leid, mit der Einschränkung von Perspektiven auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, kulturellem und demokratischem Gebiet, mit der Einschränkung des Geistes und, im schlimmsten Fall, von Menschenrechten verbunden sind? Haben wir nicht zur Kenntnis genommen, dass die Grenzöffnungen 1989 und 1990 mit einem demokratischen Zugewinn für Bayern und einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Freistaat verbunden waren? Niemals zuvor in der Geschichte des Freistaates Bayern – ich betone: ausgelöst durch die offenen Grenzen – waren der Volkswohlstand in unserem Land so schnell angestiegen und das Bruttoinlandsprodukt geradezu explodiert.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer – wie Herr Söder – Zäune um Bayern ins Gespräch bringt, wer – wie Herr Seehofer – das Hohelied auf den Nationalstaat preußischer Provenienz singt und wer – wie die CSU-Fraktion – einer Orbanisierung Bayerns und Europas das Wort redet, hat aus unserer Geschichte nichts, wirklich gar nichts gelernt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Parlament und die bayerische Öffentlichkeit hatten erwartet, heute von Ihnen, Herr Seehofer, Aufklärung zu erfahren, welches Konzept Ihrem Vorschlag, "Transitzonen" an den bayerischen Außengrenzen einzurichten, zugrunde liegt.

Vorweg: Es war richtig, dass die Bundesregierung mobile Grenzkontrollen eingeführt bzw. wieder eingeführt hat, um mehr Ordnung herzustellen. Viele Flüchtlinge kamen ohne Registrierung ins Land. Deshalb haben Bund und Länder am 24. September 2015 gemeinsam beschlossen, Warte- und Verteilzentren einzurichten, in denen die erste Aufnahme und Registrierung erfolgt. Das finden wir richtig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zuletzt öffentlich den Eindruck erweckt, Transitzonen in Freilassung oder in Passau könnten den Flüchtlingsdruck auf Bayern lindern und die Situation in den Grenzregionen entspannen. Das Gegenteil steht zu befürchten. Transitzonen werden an den Grenzen zusätzliche Belastungen herbeiführen. Bei derzeit 4.000 bis 5.000 neu einreisenden Flüchtlingen pro Tag müssten riesige Lager entstehen. Nach zehn Tagen würden sie sich auf 40.000 bis 50.000 Insassen anfüllen. Dies würde zu mehr Chaos führen statt zu mehr Ordnung, zu mehr Unsicherheit statt zu mehr Sicherheit. Herr Seehofer, würden Ihre Vorschläge, wie sie momentan auf dem Tisch liegen, umgesetzt, dann müssten unsere bayerischen Polizisten, die Helferinnen und Helfer und die Flüchtlinge selbst die Folgen ausbaden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die Flüchtlinge es eher mit dem deutschen Lyriker Novalis halten werden: "Alle Schranken sind bloß des Übersteigens wegen da."

Die Flüchtlinge werden nach langer Anreise nicht anklopfen und sagen: Guten Tag, Herr Seehofer! Ich möchte mich in Ihrer Behörde melden. Sie werden die Transitzonen über die Wiesen und Wälder, Berge und Täler umgehen.

(Jürgen W. Heike (CSU): So ein Unsinn!)

Deshalb sagen wir, die SPD, klipp und klar: Warte- und Registrierungszentren – bitte, ja. So haben wir es am 24. September gemeinsam vereinbart. Massenin-ternierungslager unter Aushöhlung des Individualrechts auf Asyl kann und wird es mit der Sozialdemokratie jedoch nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach das Dublin-III-System angesprochen, das auf eu-

ropäischer Ebene Asylfragen regelt. Demnach muss ein Flüchtling in dem Staat um Asyl bitten, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat. Das sind insbesondere Italien, Griechenland und Ungarn.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Dublin III ist gescheitert. Ausgangspunkt und mitursächlich für die derzeitige ungeklärte Situation in Europa war im Übrigen ein Fehler der schwarz-gelben Bundesregierung. Diese hatte nämlich im Rahmen der Verhandlungen ein Aufnahmesystem für ganz Europa verhindert, da Deutschland damals unter den aufnehmenden Ländern nur auf Platz 14 lag. Vergangenheit!

Jetzt braucht es statt politischer Alleingänge eine europäische Lösung. Die Bundeskanzlerin – insoweit bin ich voll bei Ihnen – steht in einer besonderen Verantwortung, im guten Einvernehmen mit unseren Partnern eine Quotenlösung für Europa auszuhandeln, fair und nachvollziehbar. Verteilen wir die Flüchtlinge auf die 28 Mitgliedstaaten, werden Deutschland insgesamt und insbesondere Bayern entlastet. Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland wird zurückgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen uns nichts vor: Die Länder, die Kommunen und die freiwilligen Helfer sind an ihren Belastungsgrenzen angekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger, gerade diejenigen aus den Helferkreisen, fragen sich, ob das hohe Tempo, mit dem neue Flüchtlinge ankommen, auf Dauer verkraftbar ist und ob wir in der Lage bleiben, sie menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren. Diese Sorgen dürfen wir weder ignorieren noch durch hilflose Parolen verstärken.

Deshalb sage ich: Wir müssen zusammenarbeiten, um die Flüchtlingsbewegung nach Bayern und nach ganz Deutschland in geordnete Bahnen zu lenken, zu verlangsamen und perspektivisch zu verringern. Dafür müssen wir die europäischen Horizonte erweitern und nicht einengen, die Zusammenarbeit verstärken und nicht aufkündigen. Herr Ministerpräsident, torpedieren Sie nicht weiter die Bemühungen der Bundesregierung und speziell der Bundeskanzlerin, eine europäische Lösung zu finden!

(Beifall bei der SPD)

Unsere humanitäre Verantwortung beginnt aber nicht erst auf bayerischem oder europäischem Boden. Deshalb hat die Bundesregierung beschlossen, Jordanien, den Libanon und die Türkei stärker zu unterstützen, um auch dort die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern. Frank-Walter Steinmeier ist es beim G-7-Außenministertreffen in New York gelungen, eine weitere Aufstockung der internationalen

Flüchtlingshilfe um insgesamt 1,8 Milliarden Dollar zu erreichen. Deutschland wird sich an dieser internationalen Initiative mit 100 Millionen Euro beteiligen. Wir haben unsere humanitäre Hilfe bereits um 400 Millionen Euro erhöht.

Wir wissen aber auch, dass der Kampf gegen die Fluchtursachen in den Heimatländern einen langen Atem erfordert. Dies gilt insbesondere für den blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Dort muss das Töten nach fünf Jahren und 12 Millionen Flüchtlingen endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung heute ein Integrationspaket vorgestellt hat und damit die konkreten Vorschläge der Opposition aus der Vergangenheit – wenn auch mit deutlicher Verspätung – aufgreift. Wir werden genau überprüfen, ob Ihre Ankündigungen heute auch mit dem notwendigen Tempo umgesetzt werden. Dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, nicht bei der Schaffung von neuen Erstaufnahmekapazitäten, nicht bei der Frage nach mehr Asylsozialberatung oder Dolmetschern und vielen anderen Fragen mehr. Auch deshalb hatten Sie, Herr Ministerpräsident, im Herbst 2014, reagiert und Ihre oberste Flüchtlingsmanagerin, Frau Sozialministerin Müller, entmachtet, weil sie offensichtlich damals mit den Organisationsfragen in der Flüchtlingspolitik in Bayern überfordert war.

(Widerspruch bei der CSU)

Bis zum heutigen Tag ist wertvolle Zeit verstrichen. Die Opposition hatte bereits bei den regulären Haushaltsverhandlungen Sofortmaßnahmen beantragt und auch einen Nachtragshaushalt für 2015 gefordert. All das haben Sie vor einem Jahr noch abgelehnt mit der Folge, dass das Integrationspaket erst jetzt, ein Jahr zu spät, greift. Schade um die zwölf Monate, die hierbei verschwendet wurden. Sie hätten besser früher auf die Opposition gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der anschließenden Haushaltsdebatte die Gelegenheit haben, Ihre Ankündigungen nochmals Punkt für Punkt zu debattieren. In der Generalaussprache ist nicht der Platz für haushalterische Zahlenspiele. Deshalb von meiner Seite ein paar ganz konkrete Punkte, die wir in Bayern jetzt auf den Weg bringen können und sollten. Auch die Bevölkerung an den Bildschirmen soll nach der Rede des Ministerpräsidenten nicht den Eindruck gewinnen, wir seien hilflos und machtlos.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat sie nach Ihrer Rede, aber nicht nach der des Ministerpräsidenten! – Inge Aures (SPD): Unverschämtheit!)

Nein, es gibt etwas, was wir in Bayern tun können und tun sollen.

Punkt eins. Bayern muss jetzt erstens alles daransetzen, eine Massenobdachlosigkeit von Flüchtlingen im Winter zu verhindern. Die kalten Monate stehen vor der Tür. Wir müssen in einem gemeinsamen Kraftakt, partei- und funktionsübergreifend, alle Hierarchien der politischen Ebenen außer Acht lassend, dafür Sorge tragen, dass sich der Herbst 2014 nicht wiederholt. Vor zwölf Monaten mussten Flüchtlinge in der Bayernkaserne des nächstens bei einstelligen Temperaturen auf Isomatten unter freiem Himmel schlafen. Das darf 2015 nicht mehr passieren. Wir bedanken uns bei den bayerischen Kommunen, bei den Beamten, bei den Ausländerbehörden, beim Lenkungskreis des Freistaats, Herr Huber, für die große Kraftanstrengung, die damit verbunden ist.

Nicht nur in Europa und im Vergleich der Bundesländer geht es um eine gerechte Verteilung der Lasten. Wir stellen fest: In Bayern hat bis heute über ein Drittel der Gemeinden noch nicht einen einzigen Flüchtling aufgenommen. Während Freilassing, Passau, München und andere weit über ihrer Belastungsgrenze sind, verharren andere Kommunen in der Komfortzone.

In einem bemerkenswerten Brandbrief an die Landtags-SPD formuliert der CSU-Landrat und Sprecher der schwäbischen Landkreise nach einer übergreifenden Sondersitzung mit den Oberbürgermeistern und dem Regierungspräsidenten seinen Unmut, die Flüchtlingsverteilung in Bayern sei ungerecht und mit vielen Fragezeichen verbunden. Ich zitiere aus dem Brief Ihres CSU-Kollegen: Freiwillige Angebote zur Unterbringung würden selten gemacht; viele Gemeinden verhielten sich abwartend, und bei den Zuweisungen würden vielleicht dann doch viele übersehen; einige wehrten sich auch aktiv gegen eine Unterbringung in ihren Orten; das habe zur Folge, dass die anderen Gemeinden in Bayern verhältnismäßig viele Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müssten; das könne nicht länger hingenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, es reicht nicht aus, hier davon zu sprechen, Sie sähen von einer Beschlagnahmung von Wohneigentum ab oder man müsse jetzt den Bund in die Pflicht nehmen. Es ist Ihre unmittelbare Führungsaufgabe, als bayerisches Kabinett für eine

gerechtere Verteilung der Flüchtlinge im Freistaat Bayern zu sorgen und damit auch jene Kommunen zu entlasten, die bereits vollkommen überfordert sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt zwei. Bayern muss alles tun, um einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, die Asylverfahren zu beschleunigen. Die Flüchtlinge haben ein Anrecht, möglichst schnell zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht.

Im Moment besteht ein Antragsstau von knapp 300.000 unbearbeiteten Asylanträgen im BAMF in Nürnberg. Die Bundesregierung hat beschlossen, mehrere Tausend neue Personalstellen zu schaffen, um damit die Defizite der Amtszeiten der Innenminister Hans-Peter Friedrich, CSU, und Thomas de Maizière zu beheben. Ich denke, wir müssen dies um drei Maßnahmen erweitern.

Erstens müssen wir Landesbeamte auch aus Bayern in weit höherem Maße, als das bislang geschieht, für eine Übergangszeit an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abordnen. Dabei kann es nicht nur um pensionierte Beamte gehen. Herr Innenminister, bitte schnüren Sie ein kompaktes Halbjahrespaket auf unbürokratischem Weg und loben Sie entsprechende Prämien aus.

Zweitens. Vergleichbare Abordnungen muss es auch schnell aus der Bundesarbeitsagentur geben. Herr Weise kennt die freien Kapazitäten in seiner Behörde sehr genau. Hier kann für eine Übergangszeit Unterstützung von einer Bundesbehörde für die nächste Bundesbehörde geleistet werden.

Beschleunigen wir drittens die Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Syrern mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit, indem wir Fälle, die sich schon länger als ein Jahr auf den Schreibtischen türmen, als Altfälle deklarieren, geben wir ihnen einen Aufenthaltsstatus, der zwei Jahre später überprüft wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt drei. Bayern muss alles tun, um die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer besser zu unterstützen. Sie sind ein maßgeblicher Pfeiler zur Bewältigung der Flüchtlingssituation. Doch wir erhalten bei den vielen Flüchtlingshelfergesprächen unserer Fraktion in den Regionen immer wieder die Rückmeldung, dass sich die Ehrenamtlichen alleingelassen fühlen. Zur Koordination der ehrenamtlichen Arbeit müssen deshalb hauptamtliche Stellen geschaffen werden, damit ein Kollaps vermieden wird.

Im Übrigen wollen wir das Ehrenamt im Gesamten aufwerten. Es geht uns nicht nur um die Flüchtlingshelfer, sondern um die 3,8 Millionen Ehrenamtlichen im Freistaat Bayern, die jedes Jahr 710 Millionen unbezahlte Arbeitsstunden leisten. Ich verweise auf das Ehrenamtsgesetz meiner Fraktion unter der Federführung meiner Kollegin Ruth Waldmann, das wir vor wenigen Wochen in den Landtag eingebracht haben. Es geht darum, das Ehrenamt im Gesamten aufzuwerten und bürgerschaftliches Engagement auf eine rechtlich und finanziell sichere Basis zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt vier. Bayern muss alles tun, um die Integration an den Schulen voranzutreiben. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Parlament heute neue Lehrerstellen beschließt, es war jedoch kein Akt der Weitsicht, dass der Kultusminister noch im Jahr 2014 – das liegt erst ein Jahr zurück – 800 Lehrerstellen in Bayern streichen wollte. Nur in einem gemeinsamen Kraftakt war es der Opposition, Lehrer- und Elternverbänden gelungen, diesen bildungspolitischen Kahlschlag zu verhindern. Heute haben wir die Sorge, dass die Stellen nicht sofort besetzt werden können. Es rächt sich jetzt, dass Bayern in den letzten Jahren viel zu wenigen jungen Lehrkräften zu einer Anstellung verholfen hat. Sie haben sich mittlerweile alle einen anderen Job gesucht. Das Signal muss jetzt sein: Wir brauchen alle Lehrkräfte, ob nun in den Grundschulen, in den Volkshochschulen oder in den beruflichen Schulen.

Es rächt sich auch, dass wir die Ausbildung auf starre Lehrämter hin ausrichten. Das führt jetzt zu einem Problem. Über 2.000 Realschullehrkräfte aus dem laufenden Prüfungsjahrgang sind auf Wartelisten, aber die Flüchtlingsbeschulung findet an den Grund- und Mittelschulen und an den beruflichen Schulen statt, nicht an den Realschulen. Es gibt jetzt noch ein völlig falsches Signal zur Unzeit, wenn der Kultusminister eine Wartezeit zwischen Studienabschluss und Referendariat ankündigt. Wir brauchen auf absehbare Zeit jede junge Lehrkraft, und der Kultusminister beschließt Zugangsbeschränkungen! Das ist der falsche Weg. Nötig ist vielmehr eine flexiblere Ausbildung, die einen bedarfsgerechten Wechsel zwischen Fächern und Schultypen möglich macht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt fünf - Integration von Anfang an. Fangen wir bei den Kleinsten an. Jeder vierte Flüchtling - auch in Bayern - ist im Kindesalter. Deshalb, aber auch, weil wir heute schon zu wenige Kinderbetreuungsplätze in Bayern haben, benötigen wir Investitionen in eine ver-

besserte frühkindliche Bildung. Noch immer hat der Freistaat Bayern einen deutlichen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Im Vergleich der Bundesländer belegt Bayern, gleichauf mit dem Saarland, die letzte Position. In keinem anderen Bundesland ist die Kinderbetreuungsquote im Jahr 2014 so gering angestiegen wie bei uns im Freistaat Bayern. Es fehlen fast 20.000 Krippenplätze.

Deshalb heißt es jetzt: Ja zum Krippenausbau, ja zu mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung und nein zur Prämie für eine Nichtinanspruchnahme der öffentlichen Kinderbetreuung. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Deshalb werden wir das geplante CSU-Betreuungsgeld kippen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Punkt sechs. Wir sind uns einig, dass wir zusätzliche Anstrengungen beim Wohnungsbau in Bayern unternehmen müssen, um soziale Verteilungskonflikte auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden. Nach unseren Berechnungen brauchen wir bis 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen im Freistaat. Wir sind enttäuscht, dass außer den Bundesmitteln wirklich nur ein ganz geringer Teil an Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt wird. Die Gesamtsumme der bayerischen Landesmittel für Wohnraumförderung sank seit 1993 von knapp 350 Millionen Euro auf aktuell 160 Millionen Euro. Dieser Landesanteil ist zu gering; das darf so nicht bleiben. Da müssen wir noch mal ran.

Punkt sieben. Am Mindestlohn wollen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Die immer wieder geforderte Senkung des Mindestlohns für Flüchtlinge wird es mit der SPD nicht geben. Den Mindestlohn für die Schwächsten der Schwachen – für die Flüchtlinge – abzusenken, bedeutet auch, das Lohnniveau anderer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu attackieren. Zugleich bedeutet es, ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft zu missachten, nämlich dass Arbeit auch Ausdruck menschlicher Würde ist.

(Beifall bei der SPD)

Punkt acht. Wir müssen in Bayern alles tun, den wieder aufkeimenden Rechtsextremismus – kein Wort haben Sie darüber verloren, Herr Ministerpräsident! – zu bekämpfen, statt ihn mit ausländerfeindlichen Ressentiments anzufeuern und das gesellschaftliche Klima zu vergiften.

Im ersten Halbjahr 2015 hat die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Bayern dramatisch zugenommen. Wir beobachten hier einen ganz besorgniserregenden Trend. Die Zahl der Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund nimmt ständig zu. Das sind keine Kavaliersdelikte; die Palette reicht von der Sachbeschädigung bis hin zur Brandstiftung. Diese Straftaten müssen mit Nachdruck verfolgt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Verbotsverfahren auch von Parteien wie Der III. Weg oder DIE RECHTE und einzelner Kameradschaften prüfen. Wir müssen das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts stärken. Wir müssen die Prävention gegen Rechtsextremismus ausbauen und den Neonazis in unserem Lande die Stirn bieten. Keine Toleranz für Fremdenfeinde, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt im Maßnahmenkatalog: Mit Interesse nehmen wir als Landtags-SPD zur Kenntnis, dass Sie jetzt plötzlich doch ein Integrationsgesetz für nötig und für sinnvoll erachten. Die SPD-Fraktion hatte bereits 2011 und dann noch vor wenigen Monaten, zu Beginn dieses Jahres, zwei Anläufe für ein bayerisches Integrationsgesetz gestartet. Das zweite Mal liegt erst wenige Monate zurück.

Sie hatten das Ganze barsch zurückgewiesen und gemeint, Integration brauche kein Gesetz. Wir bleiben dabei: Sprachkenntnisse, Deutschkurse, Integrationsseminare, Demokratieschulung, Wertevermittlung bis hin zu Fragen der Chancengerechtigkeit und der konkreten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gehören gesetzgeberisch gebündelt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit beweist. Wir werden in dieser Woche auch im Deutschen Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzen beschließen, mit denen wir einen gewaltigen Schritt nach vorne machen. Mit der monatlichen Pauschale des Bundes für die Länder in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling für die Dauer des Asylaufenthalts ab 2016 sorgen wir dafür, dass die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwas fairer verteilt werden.

Unser Land darf sich nicht in zwei Lager spalten, die einander sprach- und verständnislos gegenüberstehen. Das gilt im Übrigen auch für das Hohe Haus. Die Landtags-SPD versteht es deshalb als ihre vornehmste

Aufgabe, ihren Beitrag dazu zu leisten, unsere Gesellschaft in dieser schwierigen Situation zusammenzuhalten und auch hier im Hohen Hause die Dialogfähigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg zu pflegen und zu bewahren. Platter Stimmungsmache setzen wir eine ehrliche Debatte entgegen – eine Debatte, die ohne Illusionen die gewaltigen Aufgaben beschreibt, die vor uns liegen.

Bundespräsident Johannes Rau mahnte bereits vor 15 Jahren in einer überaus bemerkenswerten Rede vor falschen Ängsten, aber auch vor Illusionen in der Integrationspolitik. Er sagte:

Erfolgreich können wir dann handeln, wenn wir zwei Haltungen überwinden, die zu weit verbreitet sind

– und das gilt leider auch heute noch –;

wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zu Fremdenfeindschaft, zu Hass und Gewalt führen.

Und er fügte hinzu:

Wir müssen eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit überwinden, die so tut, als gebe es überhaupt keine Probleme und Konflikte, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.

So warb Johannes Rau für eine Politik ohne Ängste und ohne Illusionen. Lassen Sie uns eine solche Flüchtlings- und Integrationspolitik gemeinsam und parteiübergreifend gestalten – ohne Ängste und ohne Illusionen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Darf ich Sie bitten, Herr Kollege Rinderspacher, für eine Zwischenintervention noch einmal ans Rednerpult zu kommen? – Herr Kollege Vogel, bitte.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrter Kollege Rinderspacher, Sie haben der CSU Kulturpessimismus, Kleingeistigkeit, gegenseitiges Ausspielen von Schwachen,

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Bravo!)

unsolidarisches Verhalten vorgeworfen.

Ich darf deshalb einmal die Bundes-SPD in Form des Fraktionsvorsitzenden Oppermann in der "Welt" zitieren. Er ist offensichtlich einen wesentlichen Schritt weiter als die Bayern-SPD.

SPD: Merkel soll die drohende Überlastung endlich anerkennen.

... Sie solle anerkennen, dass Deutschlands Möglichkeiten "nahezu erschöpft" seien, verlangt Fraktionschef Oppermann. ... "Wir brauchen ... mehr Verstand bei der Zuwanderung. Dazu gehört auch, dass es Grenzen der Aufnahmekapazität gibt", sagt Oppermann. Oppermann zeigt sich offen für ... Transitzonen an den Landesgrenzen.

Dann eine Frage zur Solidarität. Sie werfen der Bayerischen Staatsregierung mangelnde Solidarität mit der Bundeskanzlerin vor. Werfen Sie das denn auch Ihrem Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Oppermann vor?

Und dann noch eine Sache. Sie haben die "SZ" und die "BILD-Zeitung" zitiert, die angeblich die Staatsregierung angreift.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht angeblich, das ist nachprüfbar!)

Ich habe einmal nachgeschaut, was Ihre Facebook-Freunde über Ihre Asylpolitik schreiben: Oliver Multut: Lieber Herr Rinderspacher, es ist Zeit, dass ihr euch darüber klar werdet, wem ihr verpflichtet seid, nämlich der in Deutschland lebenden Bevölkerung,

(Zurufe von der SPD)

deren Sicherheitsinteressen euch offensichtlich egal sind. Unabhängig davon will die überwiegende Mehrheit diese Einwanderungspolitik nicht. Nehmt das endlich zur Kenntnis und stoppt diesen Irrsinn, bevor unser Land vor die Hunde geht!

(Zuruf: Pegida lässt grüßen! So ein Quatsch!)

Lieber Herr Rinderspacher, sollten Sie nicht endlich verstehen, dass Europa, Deutschland und Bayern nicht alle 60 Millionen Flüchtlinge aufnehmen können?

(Zurufe von der SPD)

Markus Krahl, Facebook-Seite Rinderspacher:

Schön, dass Sie im Namen der Bayern-SPD zeigen, dass ihre Partei niemals in der Lage wäre, auch nur annähernd kompetent und vernünftig zu regieren.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Der soll sich schämen, der Herr Vogel!)